

81/PET XXVII. GP

Eingebracht am 25.11.2021

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Abgeordnete/r zum Nationalrat
Alois Kainz

An Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien, Österreich

Wien , am 25. November 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreiche ich/ überreichen wir Ihnen gem. §100 (1) GOG-NR die Petition betreffend

Förderprogramm für die Blackout Vorsorge in Österreich

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht
angenommen:

Bundeseinheitliche Regelung, SKKM

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von BürgerInnen unterstützt.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich/verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Anlage

Hinweis: Ggf. vorgelegte Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung
datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des
Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

Parlamentarische Petition: „Förderprogramm für die Blackout Vorsorge in Österreich“

Die Gefahr eines Blackouts, also eines überregionalen Zusammenbruchs der Stromversorgung, welcher zu einem länger andauernden Strom-, Infrastruktur- und Versorgungsausfall führt, gilt als sehr ernstzunehmend.

Anfang 2020 berichtete das Bundesheer bereits im Rahmen des Sicherheitspolitischen Jahresauftrags „Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitischer Jahresauftrag 2020¹“, dass in den nächsten 5 Jahren mit einer 100-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Blackout gerechnet wird.

Das Risiko für lange andauernde, flächendeckende Stromausfälle, soll auch laut den heimischen Netzbetreibern in den kommenden Jahren steigen.

Fällt der Strom aus, sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt. Alltägliche Dinge wie Kochen, Heizen, Licht, Kommunikation usw. werden zur Herausforderung. Durch entsprechende Vorsorge und Kenntnis der persönlichen Infrastruktur können im Vorfeld diese Auswirkungen minimiert werden.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger Österreichs sind, trotz diverser Empfehlungen, jedoch noch immer nicht ausreichend auf ein Blackout vorbereitet. Bei manchen fehlt laut eigenen Angaben der Platz Wasserkisten oder andere Vorräte zu bunkern, bei manchen fehlt auch schlichtweg das Geld für eine derartige Blackout Vorsorge, da ihnen am Ende des Monats ohnehin kein Geld mehr bleibt.

Durch diverse Informationskampagnen auf Bundes-, Landes-, und Gemeindeebene wird zwar der Selbstschutzgedanke gefördert, viele Menschen bräuchten aber auch eine finanzielle Förderung um in die eigene Autarkie, wie durch Vorräte für 14 Tage, Taschenlampen, Batterien, einen Gas-Kocher oder auch ein Notstromaggregat, zu investieren.

Ein Blackout verursacht laut einer Studie der Johannes-Kepler-Universität in Linz für jede Stunde ohne Strom 92 Millionen Euro Schaden für die heimische Volkswirtschaft. Ein ganzer Tag im Blackout würde das Land Österreich sogar über eine Milliarde Euro kosten.² Um derartig drastische Schäden für unser Land zu verhindern, wäre es sinnvoll bereits jetzt Geld in die Hand zu nehmen und ein geeignetes Förderpaket zu beschließen.

¹ <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=10276>

² <https://www.apg.at/de/Energiezukunft/Glossar/Blackout>

In Zusammenhang mit diesem Sachverhalt stellt die Petition folgende Forderungen:

- Die Bundesregierung, vor allem die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, welche ein Förderprogramm für die private Blackout Vorsorge beinhaltet.
- Die im Bundesministerium für Inneres eingerichtete Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) Fachgruppe wird aufgefordert, schnellstmöglich Strategien zu entwickeln, welche aufgeteilt nach Gemeinde oder Bezirk für die Bevölkerung Vorgehensweisen im Falle eines Stromausfalls vorsehen. Die Ergebnisse sollen dann im Anschluss in geeigneter Weise den jeweiligen Personengruppen in verständlicher Weise mitgeteilt werden, damit sichergestellt werden kann, dass im Falle eines Blackouts jeder weiß, was zu tun ist und an welche Stelle man sich wenden kann.
- Die gesamte Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine gesamtstaatliche Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für den Blackout-Krisenfall mit dem Ziel der Entwicklung einer Blackout-Gesamtstrategie einzusetzen.

Alexis Kellner
(ALEX KELLNER)